

Schulszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **74 (1987)**

Heft 3

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Interkantonale Hochschulvereinbarung: Das Vereinbarungsorgan wird bestellt

Der neuen Hochschulvereinbarung, die für die Jahre 1987–1992 gelten soll, sind bis Ende 1986 25 Kantone beigetreten. Im Kanton Wallis wird das Volk noch entscheiden müssen.

Mit Zustimmung sämtlicher kantonaler Regierungen konnte das in § 13 der Vereinbarung vorgesehene Aufsichts- und Vollzugsorgan bestellt werden. Die «Kommission Hochschulvereinbarung» besteht ja zur Hälfte aus Regierungsvertretern der Hochschul- und der Nichthochschulkantone. Den Vorsitz übernimmt Dr. Walter Gut, Erziehungsdirektor des Kantons Luzern.

Verordnungen über Turnen und Sport: Vorbehalte der Erziehungsdirektorenkonferenz

Im Rahmen der Aufgabenteilung haben die eidgenössischen Räte im Jahre 1984 das Bundesgesetz über Turnen und Sport neu gefasst. Namentlich im Bereich der Turnlehrerausbildung und der Aufsicht über den Sport an den Schulen wurden die Bundeskompetenzen stark reduziert; dementsprechend fallen auch eine Reihe von Bundesbeiträgen weg.

Die vom Eidgenössischen Departement des Innern vorgelegten Entwürfe für die neuen Vollzugsverordnungen tragen nun dieser Sachlage zu wenig Rechnung. Gestützt auf eine Vernehmlassung bei allen kantonalen Erziehungsdirektionen ersucht daher die EDK, eine Reihe unnötiger Detailregelungen fallen zu lassen und sich bezüglich der Turnlehrerausbildung auf die vom Gesetz vorgesehenen Koordinationsmassnahmen zu beschränken. Ferner wird bezweifelt, ob der Bund juristisch noch kompetent ist, auf Verordnungsebene den Kantonen strikt drei obligatorische Turnstunden vorzuschreiben; die EDK legt andererseits Wert darauf, dass das Schulturnen im heutigen Umfang auf kantonaler Ebene unbestritten ist.

Die SKAUM wird wieder aktiv

Nach drei Jahren Inaktivität aus Spargründen und wegen interner Reorganisation hat die Schweizerische Kommission für audiovisuelle Unterrichtsmittel und Medienpädagogik im Jahr 1986 ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Als Grundlage dient das neue Statut von Ende 1984. Gestützt darauf hat die EDK wieder einen namhaften Jahreskredit zur Verfügung gestellt.

Aus diesem Kredit wurden im abgelaufenen Jahr mehrere Projekte von Unterrichtsfilmen mit total 62 000 Franken und drei medienpädagogische Veranstaltungen mit total 22 000 Franken unterstützt.

Prof. Dr. Eugen Egger, der sich als interimistischer Vorsitzender der SKAUM zur Verfügung gestellt hatte, ist auf Ende 1986 von dieser Funktion zurückgetreten. Der

EDK-Vorstand hat Herrn Pierre Luisoni zum Nachfolger gewählt. Herr Luisoni, bisher Leiter des französischsprachigen didaktischen Zentrums des Kantons Freiburg, wird künftig als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Generalsekretariat tätig sein.

Interkantonale Zusammenarbeit im Bildungswesen: Dokumentation der Rechtsgrundlagen

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zusammenarbeit unter den Kantonen im Bereich des Bildungswesens ausserordentlich verstärkt. Dokumentiert wird dies vor allem auch in zahlreichen Konkordaten, Vereinbarungen und Beschlüsse auf nationaler, regionaler oder bilateraler Ebene. Erwähnt seien hier namentlich das Schulkonkordat von 1970, die Hochschulvereinbarungen von 1978 und 1984 und die Heimvereinbarung von 1984.

Das Generalsekretariat der EDK hat nun erstmals die wichtigsten Vereinbarungen und Beschlüsse zur interkantonalen Zusammenarbeit im Bildungssektor in einer Dokumentation zusammengestellt: «Interkantonale Zusammenarbeit im Bildungswesen. Rechtsgrundlagen», Informationsbulletin Nr. 49, EDK, Bern, 1986. Viele dieser Texte waren bisher nur Eingeweihten bekannt und sind nirgends in Gesetzessammlungen greifbar. Die Dokumentation enthält auch die Statuten und Organigramme der Erziehungsdirektorenkonferenz und ihrer vier Regionalkonferenzen. Sie kann damit als Arbeitsinstrument für alle jene dienen, die in der interkantonalen Bildungsarbeit engagiert sind und die allenfalls auch nach Lösungsmodellen suchen, die anderswo schon geregelt sind.

«Lehrerschwemme» und Lehrermangel

Der gegenwärtige Lehrerüberschuss könnte bald durch einen Lehrermangel abgelöst werden. Eine bei den kantonalen Erziehungsdepartementen durchgeführte Umfrage nach den Bedarfsprognosen für die Jahre 1987 bis 1990 ergab folgendes Bild: Während einige Kantone (BE, ZH, GR, SG, TI) zwar einen weiter anhaltenden Lehrerüberfluss prognostizieren, verweisen andere (AR, TG, GL) auf einen baldigen Lehrermangel. Weitere Kantone (BS, AG, LU, SZ) erwarten ein Einpendeln von Angebot und Nachfrage.

Die in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» veröffentlichte Umfrage begründet die optimistischeren Bedarfsprognosen unter anderem mit der wachsenden Zahl der Primarschüler und -schülerinnen. Die Beschäftigungslage für Lehrkräfte auf der Primarstufe dürfte sich demnach bald markant verbessern. Grund dafür ist unter anderem die im letzten Jahr festgestellte Trendwende bei der Schülerzahl: Erstmals seit 15 Jahren wurden wieder mehr Erstklässler gezählt. Doch auch die verlängerte Primarlehrer-Ausbildung – und damit der Ausfall eines Patentjahrganges –, sowie Arbeitszeitverkürzungen, verminderte

Klassengrössen, Altersentlastung und vorzeitige Pensionierungen lassen mittelfristig einen erhöhten Lehrbedarf erwarten.

Tagesschulvereine unter einem Dach

Die verschiedenen kantonalen und regionalen Vereine, welche sich für die Errichtung von öffentlichen Tagesschulen einsetzen, wollen künftig gemeinsame Sache machen. Im Luzerner Rathaus wurde am 28. Januar der «Verein Tagesschulen für die Schweiz» gegründet. Erste Präsidentin ist die Zürcherin Ursula Rellstab, Vizepräsidentin die Luzernerin Rosmarie Zimmermann, Präsidentin des Luzerner Vereins.

Kantonale Tagesschulvereine existieren bis jetzt in Zürich, Basel, Bern, Luzern und St. Gallen; in Zug besteht eine Arbeitsgruppe. In die Realisierungsphase vorgedrungen sind allerdings erst die Projekte in Zürich, Bern und Basel. Das Tagesschulprojekt in Luzern tritt nach sechs Jahren Vorbereitung in eine entscheidende Phase: Am 19. März wird im Stadtparlament die Entscheidung gefällt, ob und wann eine öffentliche Tagesschule errichtet wird. Wenn keine weiteren Verzögerungen mehr eintreten und das Stadtparlament der Motion zustimmt, könnte die erste Luzerner Tagesschule laut Vereinspräsidentin Rosmarie Zimmermann bereits auf Beginn des nächsten Schuljahres ihren Betrieb aufnehmen (vgl. «Blickpunkt Kantone»: LU).

«Sich gegenseitig Mut machen»

Die neugeschaffene Schweizerische Dachorganisation will gemäss Statuten die Aktivitäten der bestehenden Vereine koordinieren, seinen Mitgliedern Informationen vermitteln und Weiterbildungskurse anbieten sowie die Gründung neuer Tagesschulvereine fördern und beratend zur Seite stehen. Der Verein will Fachgruppen bilden und ein Sekretariat einrichten. Präsidentin Ursula Rellstab nannte an der Gründungsversammlung noch einen weiteren wichtigen Punkt: «Wir wollen uns gegenseitig helfen und Mut machen», sagte sie nach ihrer Wahl zur Präsidentin.

Die Tagesschulen basieren auf einem Schulhauskonzept; es gibt klassen- und stufenübergreifende Aktivitäten in Freizeit und Unterricht. Um den Gemeinschaftssinn zu fördern, sollte eine Tagesschule in einem eigenen Schulhaus eingerichtet werden, allenfalls in einem für sich abgegrenzten Schulhausteil. Das Ziel ist eine ganzheitliche Erziehung. Freizeit, Betrieb und Unterricht beeinflussen sich gegenseitig und sind gleichwertige Teile eines Ganzen. Da die Lehrer und Lehrerinnen auch Betreuungsaufgaben ausserhalb des Unterrichts wahrnehmen, kennen sie ihre Kinder besser.

LNN vom 30.1.87

FERIEN in KANADA und den USA

Schweizer Familie vermietet und verkauft ab Toronto und Vancouver gut eingerichtete Camper und Wohnmobile. Kein Kilometerzuschlag. Abholdienst vom Flughafen.

Nähere Information: Vreni Zürcher, Breitmatt
3504 Oberhünigen, Telefon 031-99 19 75

Schlaglicht

Zukunftsdrogen

Eine ganze Generation neuer Medikamente wird zurzeit von bekannten pharmazeutischen Firmen entwickelt. Die Hersteller sind überzeugt, dass diese Medikamente den Menschen dabei helfen, länger zu arbeiten, schneller zu lernen und Depressionen zu überwinden – und das alles ohne namhafte Nebenwirkungen.

Na, endlich. Nicht wahr, da tun sich doch für einmal seitens der Pharmazie, die mit jenen Präparaten, die zur «Pille» schlechthin geworden sind, dem Schulwesen den Schülerrückgang beschert hat, etwas hoffnungsvollere Perspektiven auf. Dank sei ausgleichender Gerechtigkeit!

Doch schon will sich wieder so ein Miesmacher wichtig tun und das segensreiche Wirken pharmazeutischer Forschung und Fabrikation in den Dreck ziehen. Natürlich wieder ein Amerikaner. Laut Information der Schweizerischen Fachstelle für Alkoholprobleme, welche die obige Meldung verbreitet hat, soll ein Dr. Charles Schuster (angeblich Direktor des Nationalen Instituts gegen Drogenmissbrauch der USA) fordern, die Chemie müsse «grundsätzliche Überlegungen über den Einsatz derartiger Medikamente anstellen, noch bevor sie auf dem Markt erscheinen.»

Ja, gibts denn das? Da will einer zögern, jetzt wo alle Schüler endlich zu dem kommen könnten, was die Lehrpläne verlangen – dank Lehrern, die länger arbeiten, schneller lernen und keine Depressionen haben.

Leza M. Uffer